

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum

**29.10.2013**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Stadtentwicklung, Kommunale Verkehrsplanung**

Schriftführung

Gitta Schablack

Telefon-Nr.

**02202-142647**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann**

**Sitzung am Dienstag, 24.09.2013**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 18:45 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 27.06.2013 - öffentlicher Teil**  
*0503/2013*
- 4 Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden**

- 5      **Mitteilungen des Bürgermeisters****
  
- 5.1    **Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Fachbereich Jugend und Soziales****  
*0394/2013*
  
- 6      **Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates****
  
- 7      **Situation des Radverkehrs im Stadtgebiet****  
*0179/2013*
  
- 8      **Revitalisierung von gewerblichen Brachflächen****  
*0487/2013*
  
- 9      **Berufung der Mitglieder in den "Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung" durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach****  
*0490/2013*
  
- 10     **Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Seniorinnen und Senioren****  
*0348/2013*
  
- 11     **Interkulturelles Filmfestival "Nahaufnahme"2013****  
*0427/2013*
  
- 12     **Bericht der Mädchenberatungsstelle Bergisch Gladbach von November 2010 - Oktober 2012****  
*0292/2013*
  
- 13     **Veröffentlichungen des Frauenbüros / der Gleichstellungsstelle****
  
- 13.1   **Mädchenmerker für Bergisch Gladbach 2013/2014****  
*0500/2013*
  
- 13.2   **Kochbuch „Bergisch Gladbach is(s)t international“, gemeinsam mit Soziale Stadtentwicklung****  
*0501/2013*
  
- 14     **Anträge der Fraktionen****
  
- 14.1   **SPD-Antrag zum Schutz und Erhalt von Wohnraum****  
*0491/2013*
  
- 15     **Anfragen der Ausschussmitglieder****

## Protokollierung

### Ö Öffentlicher Teil

#### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende eröffnet die 20. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Vorsitzende stellt die aus dem Teilnahmeverzeichnis (*Anlage*) ersichtlichen Anwesenheiten sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

Die Vorsitzende begrüßt die sachkundige Bürgerin und neues stellvertretendes Mitglied der SPD-Fraktion, Frau Sarah Peetz, führt sie unter Verlesung des Verpflichtungstextes feierlich in ihr Amt ein und verpflichtet sie zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

#### 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

#### 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 27.06.2013 - öffentlicher Teil 0503/2013

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis.

#### 4. Mitteilungen der Ausschussvorsitzenden

Die Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder, die voraussichtlichen Sitzungstermine des ASSG für 2014 vorzumerken: 04.02., 27.03., 18.09. und 04.12.2014.

#### 5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Dr. Werheit informiert, dass die von den Ausschussmitgliedern beschlossene Bekanntmachung über die Baulückenbörse in den nächsten Tagen in der Zeitung veröffentlicht werde. Für Eigentümer werde es eine Vierwochenfrist für einen Einspruch gegen die Veröffentlichung in Internet geben. Auch danach bestehe für die Eigentümer die Möglichkeit, sich zum Verfahren zu äußern. Frau Dr. Werheit appelliert an die Ausschussmitglieder, auf Nachfrage von Bürgerinnen und Bürgern das ihnen bekannte Erfordernis einer solchen öffentlichen Börse zu erläutern. Ende Oktober werde dann in voraussichtlich vier Chargen mit der Eigentümerbefragung begonnen. Ende diesen bzw. Anfang nächsten Jahres könne dann mit ersten Ergebnissen gerechnet werden.

Frau Dr. Werheit berichtet, die auf zwei Jahre befristete Verkehrsplanerstelle sei während der Sommerpause ausgeschrieben worden. Wegen verschiedener Urlaubsüberschneidungen sei leider

der Ausschuss nicht frühzeitig informiert worden. Sie bittet - insbesondere Herrn Waldschmidt, der dies moniert habe - diesen Umstand zu entschuldigen.

Frau Dr. Werheit bezieht sich auf eine Pressemeldung zum Thema Regionales Gewerbekonzept des Rheinisch-Bergischen Kreises und informiert, dass sich gegenüber der dem Ausschuss vor der Sommerpause gegebenen Informationen lediglich neu ergeben habe, dass sich die Bürgermeister des Rheinisch-Bergischen Kreises mit dem Ziel zusammensetzen werden, einen konsensualen Weg abzustimmen.

Abschließend führt Frau Dr. Werheit aus, der Entwurf des Landesentwicklungsplans sei jetzt allen Kommunen vorgelegt worden. Auf die Gewerbeflächen bezogen seien aufgrund der Intervention der kommunalen Spitzenverbände die Bedarfszahlen aus dem Entwurf herausgenommen worden. Vielmehr müsse zur Thematik der Instrumentarien Stellung genommen werden. Frau Dr. Werheit kündigt an, in der nächsten Sitzung über den Fortgang zu berichten. Es sei vorgesehen, innerhalb der Beteiligungsfrist bis zum 28. Februar auf den verschiedenen regionalen Ebenen, d.h. Kreis, Regionalrat und auch Region Köln/Bonn, zumindest in Kernbereichen gemeinsam abgestimmte Stellungnahmen anzustreben.

Herr Waldschmidt drückt seine Verärgerung darüber aus, dass die aufgrund seiner Anfrage von der Verwaltung angekündigte Information des Ausschusses vor Ausschreibung der Verkehrsplanerstelle unterblieben sei. Bis heute sei auch die Fragen nach den Kosten noch nicht beantwortet worden, nachdem zwischenzeitlich bekannt sei, dass der Planansatz für das Jahr 2014 um mehr als 3 Mio. Euro höher liege als ursprünglich vorgesehen. Er könne nur dringend auffordern, im Sinne seiner Anfrage vorab die Frage der Personalkosten zu klären und die Einstellung erst dann vorzunehmen, wenn im Hinblick auf die unwahrscheinlich hohen Personalkosten politische Entscheidungen getroffen worden seien.

Herr Schmickler bittet Herrn Waldschmidt darum, zwischen dem zum großen Teil durch Tarifsteigerungen entstandenen Personalkostenanstieg in der Verwaltung und einer auf zwei Jahre befristete Stelle zu differenzieren. Beides in einen Topf zu werfen, werde dem Bemühen der Verwaltung um Begrenzung der Personalkosten und auch der bekannten Arbeitssituation vieler Kolleginnen und Kollegen in keiner Weise gerecht. Zudem bittet er die Diskussion in dem dafür zuständigen Gremium zu führen. Herrn Waldschmidt sei bekannt, dass die im Ausschuss beschlossenen Bearbeitungsaufträge nur nach Besetzung der Verkehrsplanerstelle wenigstens für zwei Jahre realisiert werden könnten.

Herr Dr. Bernhauser fragt, ob das von Frau Dr. Werheit zuvor angesprochene Gewerbeflächenkonzept auch Grundlage für die Stellungnahme zum vorliegenden Entwurf zum Landesentwicklungsplan sein solle. In diesem Fall bitte er dringend darum, in der nächsten oder übernächsten Sitzung über die Grundzüge des Landesentwicklungsplans informiert zu werden sowie das dann ganz bestimmt vorliegende und von der IHK finanzierte Gutachten zur Kenntnis zu erhalten, um auf dieser Grundlage als größte kreisangehörige Stadt ein gewichtiges Votum abgeben zu können.

Frau Dr. Werheit bestätigt, es sei bereits vorgesehen, den Ausschuss in der nächsten Sitzung entsprechend über den LEP zu informieren, möglicherweise auch einen ersten Entwurf einer Stellungnahme vorzulegen. Es sei zutreffend, dass das Gewerbeflächenkonzept auch eine Grundlage für die Stellungnahme zum LEP-Entwurf biete, das Gutachten bis dahin jedoch nicht abgeschlossen sei.

**5.1. Mitteilungen des Bürgermeisters aus dem Fachbereich Jugend und Soziales**  
*0394/2013*

Herr Waldschmidt regt an, anlässlich des kommenden Jahresberichts der Verbraucherberatung einen Vertreter oder eine Vertreterin zu einem kurzen Referat und für eventuelle Rückfragen der Ausschussmitglieder einzuladen.

**6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**7. Situation des Radverkehrs im Stadtgebiet**  
*0179/2013*

Herr Hardt verweist vorab auf den Inhalt der Vorlage und führt aus, der Wille der Verwaltung zur Umsetzungen sei gegeben, aber die Umsetzung auch hinsichtlich des ADFC Klimatests gehe im Rückblick auf ein halbes Jahr langsam voran. Möglicherweise werde der Dialog mit dem ADFC durch die Gründung eines ADFC auf regionaler Ebene beschleunigt. Es gebe bereits eine Entwicklung im Bereich der gegenläufigen Einbahnstraßen, also die Öffnung der Einbahnstraßen für den Radverkehr in Gegenrichtung. Es gebe bereits positive Signale betreffend die Kaule, die Schlossstraße und die Straße Neuer Trassweg. Herr Hardt geht davon aus, dass sich durch eine solche Entwicklung die Offenheit für Fahrradverkehr in dieser Stadt und damit das Klima verbessere.

In der Ausschusssitzung des AUKV im April, so berichtet Herr Hardt weiter, sei auch der Wunsch geäußert worden, außer der exemplarisch aufgezeigten Ost-West-Achse auch die Nord-Süd-Achsen in gleicher Form zu berücksichtigen. Über die Umsetzung werde die Verwaltung wegen des zeitlichen Problems in kleinen Schritten berichten.

Die Vorsitzende bedankt sich für den Vortrag.

Herr Dr. Bernhauser fragt, ob es bezüglich der Umsetzung ein Monitoring gebe, zunächst einmal für die exemplarisch beschriebene Ost-West-Achse von Kürten-Spitze bis Köln-Dellbrück. Ein solches Monitoring sei seiner Auffassung nach sinnvoll.

Herr Hardt bezieht sich auf seine zuvor gegebenen Informationen. Darüber hinaus stehe ganz speziell der Innenstadtbereich in dem Bereich zwischen Richard-Zanders-Straße und dem Bereich an der Gohrsmühle, d.h. mit der unteren Hauptstraße und dem Driescher Kreuz usw. an, in denen Kleinigkeiten bereits umgesetzt worden seien. Einige Arbeiten stünden noch an, u.a. die Abtrennung der Radspur in der unteren Hauptstraße. Hieraus sei erkennbar, dass das von Herrn Dr. Bernhauser angesprochene Monitoring, in der Verwaltung stattfinde.

Frau Schundau merkt an, die Fahrradwege seien momentan in einem derart desolaten Zustand, dass Herr Hardt sicher gar nicht wisse, wo angefangen werden solle.

Frau Schundau weist auf die schwierige Situation der Radfahrer - und auch der Autofahrer - von Köln kommend in die untere Hauptstraße hin. Die schwierige Verkehrsführung sei hier durch das Aufbringen von roten Streifen parallel zu dem Zebrastreifen, was ihr aus Holland bekannt sei, sowie die Aufstellung eines Schildes „Achtung, Radfahrer kreuzt“ zu verbessern. Langfristig sei das Ziel, 20 % Radverkehr in Bergisch Gladbach zu erreichen.

Frau Schundau begrüßt es, dass mit diesem Projekt jetzt begonnen wurde.

Frau Bischof macht auf ihr bekannt gewordene Probleme in der Zusammenarbeit zwischen Fahrradfahrern und Fußgängern gerade im Bereich Driescher Kreuz und Richard-Zanders-Straße aufmerksam, so sei es offenbar schwierig, mit Kindern unterwegs zu sein. Auch Frau Bischof findet, das Projekt sei auf einem guten Weg, auch wenn es wegen der knappen Ressourcen langsam vorangehe.

Die Vorsitzende bedankt sich bei der Verwaltung, dass das Projekt auf den Weg gebracht wurde.

## **8. Revitalisierung von gewerblichen Brachflächen** *0487/2013*

Herr Tschorny teilt mit, seine Fraktion begrüße die Revitalisierung der gewerblichen Brachflächen. Er fragt, ob zur Umsetzung eine Abstimmung mit dem Landesentwicklungsplan vorliege oder ob diese - ggf. unter welchen Voraussetzungen – noch erfolgen müsse.

Frau Dr. Werheit informiert, die Kommunen müssten im Rahmen des Projekts im Wesentlichen zunächst selbst klären, wie die Nutzung der Potenziale in den vorhandenen Gewerbeflächen aussehen solle. Daneben finde natürlich in diesem Zusammenhang auf der Arbeitsebene ein fruchtbarer Austausch mit den anderen Kommunen statt. Eine Abstimmung mit dem Landesentwicklungsplan sei in diesem Fall überhaupt nicht notwendig, weil es keine Auswirkungen auf die allgemeinen Siedlungsflächen gebe.

Herr Tschorny möchte auch wissen, ob eine erneute Beratung in den Gremien erforderlich sei, falls dieser Projektantrag unter fachlicher Begleitung der Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen aus Köln nicht angenommen werde. Nach seiner Auffassung wäre die in diesem Fall die fachliche Begleitung durch das Büro Jansen bei der beabsichtigten Durchführung des Projekts in „abgespeckter“ Form nicht durch den Beschluss des Rates vom 07.03. abgedeckt

Frau Dr. Werheit berichtet, im Rahmen der bereits bestehenden Zusammenarbeit mit dem Büro Jansen sei gemeinsam mit diesem nach der bundesweiten Aufforderung der Förderantrag gestellt worden, der im Wesentlichen aus der Feder der Verwaltung komme. Ohne die Förderung könne möglicherweise der Mobilisierungsprozess nicht in der geplanten Intensität durchgeführt werden. Vom Grundsatz her folge die Verwaltung also der Beschlusslage, ob mit oder ohne Förderung. Auf Herrn Tschornys ergänzende Nachfrage antwortet Frau Dr. Werheit, es gebe einen Beschluss des Verwaltungsrates des Stadtentwicklungsbetriebs als federführendem Initiator dieses Projektes.

Herr Kockmann hält es für sehr sinnvoll, die als Gewerbegebiet ausgewiesenen Brachflächen auch zu nutzen. Er fragt, um welche Größenordnungen es sich handle.

Herr Dr. Karich merkt an, das Projekt sei auf eine Laufzeit von 2,5 Jahren konzipiert. Im Rahmen der bisherigen Analysen zum ISEK gebe es dazu schon eine ganze Menge Unterlagen. Herr Dr. Karich möchte wissen, wie sich die Verwaltung die Information über den Projektfortschritt vorstelle ob es überhaupt nennenswertes Potential in Bergisch Gladbach gebe.

Frau Dr. Werheit berichtet, es gehe tatsächlich darum, ganze Gewerbegebiete auf Dauer so wieder in Stand zu setzen und sie so zu profilieren, dass sie sich als Selbstläufer immer wieder erneuern können. Insgesamt sei ein Bestand an Gewerbeflächen in Gewerbegebieten von 275 Hektar ausgewiesen. Es gebe in diesen Gewerbegebieten Reserven von 53 Hektar an nicht genutzten Flächen gemäß dem bekannten Bonny-Gutachten, wonach etwa 12-30 Hektar von diesen 53 Hektar mobilisierbar seien. Gemeinsam mit dem Büro Jansen solle wirklich jede Fläche im Einzelnen noch mal durchgegangen werden. Mit Eigentümern und

Unternehmen dann solle die Diskussion um die Entwicklungsmöglichkeit der Gewerbegebiete als Standort angegangen werden.

Herr Waldschmidt fragt, ob eine Verzahnung der Ergebnisse mit dem Flächennutzungsplan erfolge, weil revitalisierte Gewerbeflächen nicht mehr für den Bedarf im Flächennutzungsplan bereitstünden.

Herr Dr. Karich spricht die Möglichkeit der Clusterbildung an, nämlich Gewerbe anzusiedeln, die Synergien entwickeln.

Frau Dr. Werheit informiert, die Analysen lägen voraussichtlich ein gutes halbes Jahr nach Beauftragung vor. Viel Zeit nehme die Ansprache der Eigentümer und Unternehmen in Anspruch, weshalb hier insgesamt 2,5 Jahre für das Förderprojekt vorgesehen seien. Die Clusterbildung oder Profilbildung werde hierbei definitiv ein Thema sein und in den Gewerbegebieten mit den Akteuren vor Ort definiert werden.

9. **Berufung der Mitglieder in den "Inklusionsbeirat - Beirat für Menschen mit Behinderung" durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach**  
*0490/2013*

Herr Dr. Bernhauser teilt mit, die CDU-Fraktion könne dem Beschluss gemäß Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Unabhängig davon regt Herr Dr. Bernhauser an, bei der kommenden Wahl die öffentlichen Ausschreibungen so zu gestalten, dass jedenfalls Initiativen, Vereine und Einrichtungen, die mit Menschen mit Behinderung arbeiten, zur Benennung von in Frage kommenden Personen aufgerufen werden, auch um die Erfolgchancen der Bewerberinnen und Bewerber zu erhöhen.

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig folgende – dem Vorschlag der Verwaltung folgende – **Beschlussempfehlung** für den Hauptausschuss und den Rat:

**Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach wählt die in der Vorlage genannten Bewerberinnen und Bewerber in den „Inklusionsbeirat – Beirat für Menschen mit Behinderung“.**

**Ordentliches Mitglied**

**Herr Thomas Herres**

**Herr Albert Böcker**

**Herr Holger Thien**

**Herr Hans Joachim Odenthal**

**Herr Martin Holst**

**Herr Rainer Adolphs**

**Frau Ursula Bundschuh**

**Herr Manfred Klein**

**Herr Hans Eßer**

**Stellvertretendes Mitglied**

**Frau Andrea Kowalewski-Brüwer**

**Herrn Peter Heinen**

**Frau Ursula Nantke**

**Frau Gabriele Sandner**

**kein Bewerber**

**Herr Ludwig Wenzel**

**Frau Martina Drabner**

**Kein Bewerber**

**Herr Wilbert Schmidt**

10. **Zielvereinbarung für die soziale Versorgung der Seniorinnen und Senioren**  
*0348/2013*

Frau Schmidt-Bolzmann führt aus, diese Vorlage zeige sehr deutlich, wie rege die Seniorenbegegnungsstätten hier in der Stadt besucht würden und lebten. Frau Schmidt-Bolzmann

macht darauf aufmerksam, dass der Refrathener Treff, den sie sehr gut kenne, mindestens 1/3 des hier in der Vorlage aufgeführten Angebots bediene. Zudem werde ein wegen der hohen Besucherzahlen dringend erforderlicher Anbau verwirklicht und könne höchstwahrscheinlich im kommenden Frühjahr eingeweiht werden.

Herr Dr. Bernhauser regt an, die Thematik Senioren- und Pflegeberatung, die der Kreis sinnvollerweise den Kommunen übertragen habe, im Ausschuss zu behandeln, um daraus wichtige Erkenntnisse für den Umgang mit der demografischen Entwicklung und für die Seniorenarbeit in Bergisch Gladbach gewinnen zu können.

Herr Waldschmidt weist informativ darauf hin, dass die Stadtverwaltung eine vorbildliche, sehr kompetente Senioren- und Pflegeberatung anbiete.

Zu den Seniorenbegegnungsstätten merkt Herr Waldschmidt an, dass im Haushaltsvolumen als Personalkostenzuschuss für die Leitung für die Jahre 2012 bis 2017 zwar entsprechende Erhöhungsbeträge angesetzt seien, nicht aber für den Personalkostenzuschuss für die Zweitkraft und für den Sachkostenzuschuss. Aufgrund des demografischen Wandels werde es aber garantiert einen erhöhten Bedarf geben, so dass in den Haushaltsplanberatungen eine angemessene Erhöhung mit eingepreist werden müsse.

Herr Dr. Bernhauser teilt Herrn Waldschmidts Meinung, dass auch bei den Zweitkräften und bei den Sachkosten eine gewisse Dynamisierung wie bei den Leitungskräften erfolgen sollte. Auch die CDU-Fraktion werde das Thema in die Haushaltsberatungen mitnehmen.

Auch Frau Schundau stimmt wegen der besonderen Wichtigkeit dieser Aufgabe ihren Vorrednern zu und hält eine Nachbesserung im Rahmen der Haushaltsberatungen für erforderlich.

Herr Tschorny führt aus, auch er könne sich nicht vorstellen, wie angesichts der innerhalb von 5 Jahren von 2.415 auf 3.200 gestiegenen Anzahl an Beratungskontakten und angesichts der vielfältigen und beachtlichen Arbeit des Seniorenbüros dessen Personalschlüssel für die nächsten Jahre beibehalten werden könne.

Die Vorsitzende stimmt dem zu und verweist auf die Haushaltsberatungen.

Herr Kuhlen bringt als zuständiger Abteilungsleiter Soziale Förderung - auch für die im Publikum anwesende Frau Brandt - seine Freude über so viele so positive Wortmeldungen zum Ausdruck und bedankt sich dafür.

Auf Nachfrage von Herrn Kreutz berichtet Herr Kuhlen, der Seniorenbeirat habe am 01.07. die Empfehlung beschlossen, entsprechend dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zu entscheiden.

Herr Kuhlen kündigt auf eine Anmerkung von Frau Schmidt-Bolzmann an, es werde in der Novembersitzung in diesem Ausschuss noch eine weitere Vorlage „Jahresbericht der Seniorenbegegnungsstätten“ geben, die dezidiertes Zahlenmaterial vorweise.

Dem Vorschlag von Herrn Dr. Bernhauser, die Pflegeberatung noch mal deutlicher darzustellen, komme er gerne nach.

Zu dem Wunsch der Dynamisierung der Personalkosten für Zweikräfte und der Sachkosten merkt Herr Kuhlen an, die Ursache liege nach seiner Recherche möglicherweise darin, dass zum Zeitpunkt der ersten Zielvereinbarungen im Jahr 2002 der Begriff Zweikräfte auch Dozenten und geringfügig beschäftigte Mitarbeiter bezeichnete. Aus heutiger Sicht aber erscheine eine Anpassung angemessen.

Frau Schmidt-Bolzmann lobt abschließend die Seniorenbegegnungsstätten betreffend den jahrelangen, guten und zuverlässigen Kontakt mit Herrn Grothe vom Seniorenbüro.

Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig folgende – dem Vorschlag der Verwaltung folgende – **Beschlussempfehlung** für den Rat:

**Die Zielvereinbarung Altenhilfe wird beschlossen und als Gestaltungsrahmen (für die Verwaltung und den Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann) für die Jahre 2013 bis 2017 festgesetzt.**

**11. Interkulturelles Filmfestival "Nahaufnahme"2013**  
*0427/2013*

Frau Münzer lobt das Programm in der Auswahl der Filme mit anschließender Diskussion als sehr empfehlenswert und regt an, dieses Angebot zu nutzen.

Frau Schöttler-Fuchs schließt sich diesem Lob an und regt an, auch Eltern und Kindergärten etc. gezielt anzusprechen, u.a. mit dem Hinweis auf das Angebot des Puppenpavillons für Kinder ab 3 Jahren.

**12. Bericht der Mädchenberatungsstelle Bergisch Gladbach von November 2010 - Oktober 2012**  
*0292/2013*

Frau Fahner ergänzt die Darstellung in der Vorlage insofern, als es aktuell eine finanzielle Absicherung der Mädchenberatungsstelle bis zum Jahresende gebe. „Frauen helfen Frauen“ habe mit verschiedenen Stiftungen Kontakt aufgenommen, wobei es bislang weder Zusagen noch Absagen gebe.

Herr Dr. Bernhauser bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, dass sowohl die Mädchen- als auch die Jungenberatung in dieser Stadt weiter unterstützt werde. Frau Fahner merkt an, dass nach ihrer Kenntnis der sehr engagiert arbeitende Arbeitskreis Jungenarbeit mangels finanzieller Rahmenbedingungen nicht mehr existiere, was sie sehr bedauere.

Frau Schöttler-Fuchs lobt aufgrund ihres eigenen Eindrucks die engagierte Arbeit der in der Mädchenberatungsstelle zuständigen Sozialarbeiterin.

Herr Dr. Bernhauser bittet darum, diese und die Vorlage „Mädchenmerker“ zur Kenntnisnahme, Beratung und möglicherweise Unterstützung auch in den JHA einzubringen.

**13. Veröffentlichungen des Frauenbüros / der Gleichstellungsstelle**

**13.1. Mädchenmerker für Bergisch Gladbach 2013/2014**  
*0500/2013*

Auf Anfrage von Frau Bischoff antwortet Frau Fahner, dass die VR-Bank, die Kreissparkasse, die Kreishandwerkerschaft, und auch die städtische Aus- und Fortbildungsabteilung im Mädchenmerker Anzeigen geschaltet haben. Zudem gebe es noch ein Sponsoring seitens der VR-Bank.

Frau Schundau regt - wie in den vergangenen Jahren - an, ein entsprechendes Pendant für die Jungen herzustellen, möglicherweise auch unter Nutzung von Sponsorengeldern.

Frau Fahner antwortet, dass sie einem entsprechenden Pendant für Jungen nur zustimmen könne. Während der Kalender bei den Mädchen jedes Jahr wieder einen reißenden Absatz finde, müsse für Jungen ein neues Produkt mit ganz neuen Inhalten entwickelt werden, um diese Zielgruppe zu erreichen. Sie befürworte dies, für die Entwicklung und Herstellung eines solch neuen Produktes reichten die personellen Kapazitäten jedoch nicht aus.

Herr Kühlen bestätigt aus eigener Erfahrung, dass der Kalender bei Mädchen sehr begehrt sei, andererseits für Jungen über andere Instrumente nachgedacht werden müsse.

**13.2. Kochbuch „Bergisch Gladbach is(s)t international“, gemeinsam mit Soziale Stadtentwicklung**  
*0501/2013*

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis. Die Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass das Kochbuch auch in der vergangenen Ratssitzung thematisiert wurde.

**14. Anträge der Fraktionen**

**14.1. SPD-Antrag zum Schutz und Erhalt von Wohnraum**  
*0491/2013*

Herr Waldschmidt äußert seine Verwunderung über die Empfehlung der Verwaltung, den Antrag abzulehnen. Der Ausschuss erhalte jährlich den Wohnungsmarktbericht, der ausweise, dass immer mehr Wohnungen aus der Wohnungsbindung herausfielen. Es gebe also bedauerlicherweise immer weniger Sozialwohnungen, was sich auch auf die Höhe der Wohnungsmieten auswirke. Die SPD-Fraktion halte es für unbestritten, dass eine Verknappung an bezahlbarem Wohnraum in Bergisch Gladbach bestehe, insbesondere fehle bezahlbarer Wohnraum für Familien. Auch suchten viele in Köln Studierende preiswerten Wohnraum in Bergisch Gladbach, ganz abgesehen von den an der Fachhochschule FHDW in Bergisch Gladbach selbst Studierenden. Herr Waldschmidt weist analog zur Stellungnahme der Verwaltung darauf hin, dass in der Nachbarstadt Köln eine Zweckentfremdungssatzung bestehe. Herr Waldschmidt vermisst einen Nachweis der Verwaltung zu der Aussage, in Bergisch Gladbach bestehe kein erhöhter Wohnbedarf. Die vorgetragenen Argumente seien nach Auffassung seiner Fraktion nicht stichhaltig genug, eine Zweckentfremdungssatzung für Bergisch Gladbach nicht zu beschließen.

Frau Münzer berichtet, die CDU-Fraktion könne das Anliegen des SPD-Antrags inhaltlich sehr gut nachvollziehen, sehe aber bei einer Annahme des Antrages beispielsweise auch personelle Engpässe der Verwaltung hinsichtlich der Umsetzung. Da zurzeit noch fundiertes Basiswissen zum Sachverhalt fehle, schlage die CDU-Fraktion eine Erweiterung des Antrages in der Form vor, dass zunächst eine Bedarfsanalyse erstellt und dem Ausschuss vorgelegt werde.

Herr Dr. Bernhauser ergänzt, nach Vorliegen der Zahlen, die möglicherweise auch über den Ring Deutscher Makler im RBK in Erfahrung gebracht werden könnten, seien Instrumente zu entwickeln, von denen dann eines eine Zweckentfremdungssatzung sein könne. Es gehe darum, wirksam und nachhaltig die Wohnungsnot bei einkommensschwächeren Personen oder Familien zu bekämpfen.

Herr Waldschmidt schließt sich dem zuvor Gesagten für die SPD-Fraktion vollinhaltlich an. Es gehe um das Ziel, das gemeinsam erreicht werden solle.

Herr Schmickler berichtet von dem ernüchternden Ergebnis des aufgrund des Antrages gestarteten Versuchs, die erforderlichen Daten verwaltungsintern zusammenzuführen. Der für die Wohnungsbauförderung in der Stadtverwaltung zuständige Fachbereich 2, der auch die zuvor zitierten Jahresberichte vorlege, habe Einschätzungen, letztlich aber keine belastbaren Daten geben können, weil diese nicht vorlägen. Herr Schmickler führt aus, die Statistikdienststelle sei zurzeit nicht besetzt und werde nachbesetzt. Die aus dem Bereich der Stadtentwicklung vorhandenen Daten im Wohnungsbereich seien den Ausschussmitgliedern bekannt, da alle Untersuchungen im Ausschuss vorgestellt worden seien. Strategische Aussagen ergäben sich nach seiner Kenntnis im Wesentlichen aus dem Bericht der Wohnungsbauförderung, also aus der Frage, wie viele gebundene Wohnungen es im Stadtgebiet gebe und wie die Wartelisten aufgestellt seien. Andererseits bilde eine solche Warteliste nur einen Ausschnitt der Situation ab, so dass auch eine solche Statistik nicht wirklich belastbar sei. Das spezielle Problem in Bergisch Gladbach, so führt Herr Schmickler weiter aus, sei kein Zweckentfremdungs- und auch im Wesentlichen kein Leerstandsproblem, es gehe vielmehr um die Frage, welche Nachfragesegmente vom Markt nur unzureichend abgedeckt seien. Verwaltungsintern sei im Ergebnis jedenfalls nach Kontaktaufnahme mit allen relevanten Stellen nicht ansatzweise die notwendige Datengrundlage vorhanden. Es müsse also nahezu bei null angefangen werden. Für diesen Fall stellt Herr Schmickler vor dem Hintergrund der personellen Kapazitäten und des Umfangs einer solchen Arbeit die Frage, welche andere Arbeit dafür liegen gelassen werden solle. Herr Schmickler weist abschließend darauf hin, es sei bekannt, dass kleinere geförderte Wohnungen fehlten. Die Rheinisch-Bergische Siedlungsgesellschaft sei mit dieser Problematik befasst. Es könne zielführend sein, diese und die betroffenen Stellen in der Stadtverwaltung an einen Tisch zu holen, um im Rahmen eines Brainstormings über geeignete Instrumente nachzudenken.

Herr Dr. Bernhauser spricht sich wegen des bereits vorhandenen Wissens um den bestehenden Bedarf an bezahlbaren Wohnungen für diesen lösungsorientierten Vorschlag von Herrn Schmickler aus, und regt ergänzend an, auch sachverständige Makler hinzuzuziehen.

Frau Bischoff fragt, ob betroffene Städte das Problem durch den Abruf der offensichtlich für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehenden Mittel lösen könnten. Herr Schmickler antwortet - zum Teil aus der Antwort der Verwaltung auf eine entsprechende Anfrage der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 18.06.2013 zitierend -, die Stadt Bergisch Gladbach beteilige sich wie alle anderen Kommunen im Rheinisch-Bergischen Kreis an der Fortführung des Handlungskonzepts Wohnen, für das zurzeit Quartiersanalysen erstellt würden, um den Bedarf in verschiedenen wohnungspolitischen Handlungsfeldern festzustellen. Es sei deshalb auch ein guter Ansatz, auch den Kreis in die Überlegungen einzubeziehen. Um preiswerten Wohnraum zu schaffen, sei der Einsatz von Darlehen des Landes NRW unabdingbar. Bewilligungsbehörde sei die Kreisverwaltung in enger Abstimmung mit den zuständigen Stellen der Stadt Bergisch Gladbach. Zurzeit seien allerdings die Bedingungen des Kapitalmarktes so günstig, dass es ausgesprochen schwierig sei, Investoren für die soziale Wohnraumförderung zu begeistern. Zwar seien die Förderkonditionen im Programmjahr 2013 deutlich verbessert worden, die Bindungen an die Miete und an den berechtigten Personenkreis bestünden aber selbstverständlich weiterhin. Zurzeit habe Frau Koczvara von der Wohnungsbauförderung des RBK noch keine konkreten Förderanträge für das Stadtgebiet vorliegen, es gebe aber Anfragen von Investoren für vier Mietobjekte mit ca. 50 Wohneinheiten. Auch die RBS beabsichtige einen Neubau mit 15 Wohneinheiten. Ob diese Objekte in 2013 bewilligt werden könnten, stehe aber nicht fest.

Herr Waldschmidt merkt an, in Bergisch Gladbach hapere es im sozialen Wohnungsbau an Grundstücken. Die SPD-Fraktion habe in den Haushaltsplanberatungen immer wieder angesprochen, die Stadtverwaltung müsse beispielsweise als Zwischenerwerber dafür Sorge tragen, dass Grundstücke für die Realisierung des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung stünden. Auch dieses Thema könne an einem Runden Tisch, möglicherweise unter Einbeziehung des Stadtentwicklungsbetriebs, besprochen werden.

Auf Nachfrage der Vorsitzenden schlägt Herr Waldschmidt vor, den Tagesordnungspunkt zu vertagen, die Fragestellung im Rahmen eines Runden Tisches zielgerichtet weiterzuerfolgen und den Tagesordnungspunkt in einer der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses erneut auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Kühl regt an, der Vorsitzenden mit dem Thema befasste Fachleute zu benennen, die zur Mitarbeit am Runden Tisch eingeladen werden könnten.

Die Vorsitzende lässt über die von Herrn Waldschmidt beantragte Vertagung abstimmen. Die Ausschussmitglieder beschließen einstimmig:

### **Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.**

Herr Waldschmidt merkt an, er erwarte, dass die Verwaltung bis zur nächsten Sitzung Vorschläge unterbreite, welche Personen am Runden Tisch teilnahmen und wie der Verfahrensablauf sich gestalte.

Herr Schmickler stimmt dem zu und kündigt an, er werde die Aufgabe der Verwaltung in enger Absprache mit dem Rheinisch-Bergischen Kreis und der Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft angehen, die gemeinsam mit der Stadtverwaltung den Kern der gesamten Aktivität bildeten. Vorschläge zu einzubindenden Fachleuten bittet er an die Vorsitzende oder auch gerne an ihn selbst zu richten. *(Red. Anmerkung: Auf Wunsch der Vorsitzenden werden die zusätzlichen Vorschläge der Fraktion DIE LINKE./BfBB gem. Mail vom 30.09.2013 dem Protokoll als Anlage beigefügt.)*

## **15. Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Dr. Bernhauser fragt wegen der Bedeutung für Bergisch Gladbacher Straßen, ob das erforderliche Verkehrsgutachten für das Gewerbegebiet in Kürten-Spitze bereits vorliege.

Herr Schmickler antwortet, dass nach seiner Kenntnis die Gemeinde Kürten wegen noch fehlender Eigentümerzustimmungen planerisch noch nicht sehr weit vorangekommen sei. Die Stadtverwaltung Bergisch Gladbach sei ganz klar der Meinung, dass die verkehrlichen Auswirkungen nachzuweisen und selbstverständlich eine Beteiligung der Stadt im Bauleitplanverfahren grenzübergreifend erforderlich sei. Es werde dann sehr genau zu prüfen sein, welche Auswirkungen auf Bergisch Gladbach entstünden. Aus diesem Grund werde er das Verfahren auch seitens der Verwaltung genau im Auge behalten.

Herr Dr. Bernhauser stellt folgende Anfrage:

**Hat die Stadtverwaltung entsprechend der Darstellung in der BLZ am 21.09.2013 der geplanten Streichung der Busfahrt der Linie 426 um 22.17 Uhr von Bergisch Gladbach nach Kürten - über Herrenstrunden und Dürscheid - ggf. aufgrund der Kenntnis einer mangelnden Nachfrage zugestimmt?**

Herr Dr. Bernhauser merkt dazu an, die Veränderung bedeute, dass betroffene Fahrgäste auf den Bus um 23.17 Uhr verwiesen würden. Da nach seiner Kenntnis alle zurzeit am Abend fahrenden Busse der Linie 426 um 21.17 Uhr, 22.17 Uhr und 23.17 Uhr voll seien, bedeute die Streichung der mittleren Fahrt eine Zumutung für die Fahrgäste.

Herr Schmickler antwortet, diese Thematik sei aufgrund eines Antrages eines Ortsteils in Kürten entstanden und auch in der Stadtverkehrsgesellschaft mit dem Aufsichtsrat erörtert worden. Tatsächlich sei die Nachfrage hinsichtlich der in Bergisch Gladbach ein- und aussteigenden Fahrgäste völlig marginal gewesen.

Andererseits, so berichtet Herr Schmickler, werde mit dem Kreis und mit der Gemeinde Odenthal überlegt, wie innerhalb von Bergisch Gladbach auf der Hauptachse vom Busbahnhof über die Odenthaler Straße vorhandene Lücken in den Abendstunden geschlossen werden könnten.

Herr Schmickler bietet Herrn Dr. Bernhauser, der dies annimmt, eine detaillierte Darstellung in schriftlicher Form an. *(Anm. der Redaktion: Die ergänzende Information wurde einvernehmlich telefonisch erteilt.)*

Die Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.